AMTSBLATT

für den LANDKREIS HILDESHEIM



| 2019 | | Herausgegeben in Hildesheim am 05. Juni 2019 | Nr. 23 |
|------------|---|--|--------|
| inhalt | | | Seite |
| 10.04.2019 | - | Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Evluth. St. Pankratius-Kirchengemeinde Bockenem in Bockenem | 454 |
| 10.04.2019 | - | Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Evluth. Kirchengemeinde Bockenem in Bockenem | 471 |
| 20.05.2019 | - | Bekanntmachung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014, der Verwendung der Jahresüberschüsse und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Woltershausen | 476 |
| 20.05.2019 | - | Bekanntmachung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014, der Verwendung des Jahresüberschusses 2013 und des Jahresfehlbetrages 2014 und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Harbarnsen | |
| 27.05.2019 | - | Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29/3A "Süd-1" in der Ortschaft Sottrum der Gemeinde Holle | 480 |
| 03.06.2019 | - | Sitzung des Jugendhilfeausschusses, Landkreis Hildesheim | 483 |
| 05.06.2019 | - | Allgemeinverfügung über die Benennung von zwei Erschließungsstraßen in der Ortschaft Sibbesse, Gemeinde Sibbesse; Baugebiet "Westlich der Despe", 2. Bauabschnitt | 485 |

Friedhofsordnung (FO)

für den Friedhof der Ev.-luth. St. Pankratius-Kirchengemeinde Bockenem in Bockenem

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem am 10.04.2019 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die Botschaft verkündet, dass Christus dem Tode die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 Friedhofsverwaltung
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Dienstleistungen

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 7 Anmeldung einer Bestattung
- § 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen
- § 9 Ruhezeiten
- § 10 Umbettungen und Ausgrabungen

IV. Grabstätten

- § 11 Allgemeines
- § 12 Reihengrabstätten
- § 13 Wahlgrabstätten
- § 14 Urnenwahlgrabstätten
- § 15 a Pflegefreie Rasenreihengrabstätten
- § 15 b Pflegefreie Urnenrasenreihengrabstätten
- § 15 c Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit
- § 15 d Baumgrabstätten
- § 15 e Gärtnerisch betreute Grabanlagen
- § 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten
- § 17 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

- § 18 Gestaltungsgrundsatz
- § 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege von Grabstätten

- § 20 Allgemeines
- § 21 Grabpflege, Grabschmuck
- § 22 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

- § 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen
- § 24 Mausoleen und gemauerte Grüfte
- § 25 Entfernung
- § 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grahmale

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

- § 27 Leichenhalle
- § 28 Benutzung der Friedhofskapelle

IX. Haftung und Gebühren

- § 29 Haftung
- § 30 Gebühren

X. Schlussvorschriften

§ 31 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck

(1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zurzeit zwei Teile:

a) Alter Friedhofsteil:

Der alte Friedhofsteil umfasst das Flurstück 240/5 Flur 3 der Gemarkung Bockenem in Größe von insgesamt 2,1824 ha. Eigentümerin des Flurstückes ist die Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem.

b) Neuer Friedhofsteil:

Der neue Friedhofsteil umfasst die Flurstücke 265/11 (Größe: 0,2598 ha), 265/13 (Größe: 0,2870 ha), 263/85 (Größe: 0,0523 ha) und 513/264 (Größe 0,1308 ha) der Flur 3 der Gemarkung Bockenem in Größe von insgesamt 0,7229 ha. Eigentümerin der Flurstücke ist die Stadt Bockenem.

Der Friedhof Bockenem umfasst damit eine Gesamtgröße von 2,9123 ha.

- (2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. St. Pankratius-Kirchengemeinde Bockenem/ Stadt Bockenem hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.
- (3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2 Friedhofsverwaltung

- (1) Der Friedhof ist eine unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).
- (2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.
- (3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss, eine kirchliche Verwaltungsstelle oder eine Firma beauftragen.
- (4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3 Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfal! zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.
- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist tagsüber bzw. während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- (2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
- a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer - zu befahren,
- b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,
- c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
- d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu verwerten,
- e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
- f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen,
- g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,
- h) Hunde unangeleint mitzubringen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.
- (4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6 Dienstleistungen

- (1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht

hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.

(5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7 Anmeldung einer Bestattung

- (1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.
- (3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeitshemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.
- (3) Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für größere Särge ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.
- (5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.
- (6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die

geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9 Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 30 Jahre.

§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen

- (1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.
- (2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.
- (3) Die berechtigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.
- (4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11 Allgemeines

(1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:

| a) | Reihengrabstätten | (§ 12), |
|----|---|-----------|
| b) | Wahlgrabstätten | (§ 13), |
| c) | Urnenwahlgrabstätten | (§ 14), |
| d) | Pflegefreie Rasenreihengrabstätten | (§ 15 a), |
| e) | Pflegefreie Urnenrasenreihengrabstätten | (§ 15 b), |
| f) | Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit | (§ 15 c), |
| g) | Baumgrabstätten | (§ 15 d), |
| h) | Gärtnerisch betreute Grabanlagen | (§ 15 e). |

- (2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.
- (3) Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- (4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig bei oder kurz nach der Geburt verstorbenes Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.
- (5) In einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle darf zusätzlich eine Asche bestattet werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war.
- (6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:

a) für Särge von Kindern: Länge: 1,50 m, Breite: 0,90 m, von Erwachsenen: Länge: 2,40 m, Breite: 1,40 m,

b) für Urnen: Länge: 1,25 m Breite: 1,00 m.

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan maßgebend.

- (7) Die Mindesttiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.
- (9) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Fundamente, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.
- (10) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12 Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Grabstätten mit einer Grabstelle für eine Erdbestattung, die anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(2) Das Abräumen von Reihengrabstätten wird vor Ablauf der Ruhezeit durch Mitteilung an die nutzungsberechtigte Person bekannt gemacht.

§ 13 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung an gerechnet.
- (2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeltigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.
- (3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:
- a) Ehegatte,
- b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
- c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
- d) Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
- e) Eltern,
- f) Geschwister,
- g) Stiefgeschwister,
- h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheldung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung Friedhofsverwaltung.

- (4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.
- (5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen,

dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

§ 14 Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 30 Jahren vergeben.
- (2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 15 a Pflegefreie Rasenreihengrabstätten

- (1) Pflegefreie Rasenreihengrabstätten sind Reihengrabstätten für Erdbestattungen (Sarg), deren Pflege der Friedhofsträger oder ein durch diesen beauftragter Dritter übernimmt.
- (2) Die Gestaltung erfolgt mit einer 400 mm x 300 mm x 50 mm großen, ebenerdig im Boden liegenden Steinplatte (Querformat), die mindestens den Vor- und Zunamen des Verstorbenen enthält. Die Beschaffung und das Setzen der Steinplatte erfolgt ausschließlich durch den Friedhofsträger. Die Kosten der Steinplatte bestimmen sich nach der Friedhofsgebührenordnung. Es besteht die Möglichkeit, dass ein einfaches Ornament in die Gestaltung der Grabplatte einfließt.

Wegen der notwendigen Rasenpflege sind Hindernisse, wie z.B. Einfassungen oder aufgesetzte Schriftzeichen nicht erlaubt. Das Ablegen von Blumenschmuck und Gestecken ist ab der Raseneinsaat auf pflegefreien Rasenreihengrabstätten ebenfalls nicht gestattet. Es besteht jedoch die Möglichkeit, Blumenschmuck und Gestecke an einer zentralen Ablagestelle des Grabfeldes abzulegen.

(3) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten auch für pflegefreie Rasenreihengrabstätten.

§ 15 b Pflegefreie Urnenrasenreihengrabstätten

- (1) Pflegefreie Urnenrasenreihengrabstätten sind Reihengrabstätten für Urnenbestattungen, deren Pflege der Friedhofsträger oder ein durch diesen beauftragter Dritter übernimmt.
- (2) Die Gestaltung erfolgt mit einer 400 mm x 300 mm x 50 mm großen, ebenerdig im Boden liegenden Steinplatte (Querformat), die mindestens den Vor- und Zunamen des Verstorbenen enthält. Die Beschaffung und das Setzen der Steinplatte erfolgt ausschließlich durch den Friedhofsträger. Die Kosten der Steinplatte bestimmen sich nach der Friedhofsgebührenordnung. Es besteht die Möglichkeit, dass ein einfaches Ornament in die Gestaltung der Grabplatte einfließt.

Wegen der notwendigen Rasenpflege sind Hindernisse, wie z.B. Einfassungen oder aufgesetzte Schriftzeichen nicht erlaubt. Das Ablegen von Blumenschmuck und Gestecken ist ab der Raseneinsaat auf pflegefreien Urnenrasenreihengrabstätten ebenfalls nicht gestattet. Es besteht jedoch die Möglichkeit, Blumenschmuck und Gestecke an einer zentralen Ablagestelle des Grabfeldes abzulegen.

(3) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten auch für pflegefreie Urnenrasenreihengrabstätten.

§ 15 c Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit

- (1) Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit sind Wahlgrabstätten mit einer oder mehreren Grabstellen für Sargbestattungen. In Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit kann anstatt einer Sargbestattung auf jeder Grabstelle wahlweise auch eine Urnenbestattung erfolgen. Die Größe der Grabstelle entspricht in diesem Fall weiterhin der von Sarggrabstellen für erwachsene Personen.
- (2) Im Bereich von ca. 60 cm ab der Stele ist eine individuelle Gestaltung durch den Nutzungsberechtigten vorgesehen. Dieser Bereich wird durch den Friedhofsträger auf Kosten des Nutzungsberechtigten eingefasst, näheres bestimmt die Friedhofsgebührenordnung. Die Einfassung wird bodeneben verlegt, so dass eine Mähkante entsteht. Für etwaigen Überwuchs von Pflanzen aus dem individuellen Gestaltungsbereich, der durch das Rasenmähen beschädigt wird, übernimmt der Friedhofsträger keine Haftung. Eine Belegung mit Kies ist auf dem individuellen Gestaltungsbereich unzulässig.

Auf dem anderen Bereich wird Rasen eingesät. Die Pflege der Rasenfläche übernimmt der Friedhofsträger oder ein durch diesen beauftragter Dritter. Sofern die Teilpflege der Grabstätte gem. Satz 1 nicht mehr gewünscht wird, kann auf Antrag des Nutzungsberechtigten bis zum Ablauf des Nutzungsrechts eine Bepflanzung mit Rasen erfolgen. Der individuelle Gestaltungsbereich wird dann mit Ausnahme der Einfassungen und des Grabmals vollständig durch die nutzungsberechtigte Person entfernt und mit Rasen eingesät. Die Pflege wird dann gegen Entrichtung einer Pflegegebühr vom Friedhofsträger übernommen. Das Abstellen von Blumenschmuck oder Trauergegenständen ist auf durch den Friedhofsträger zu pflegenden Rasenflächen nicht zulässig.

- (3) Die Gestaltung hat mit einem stehenden Grabmal (sog. Stele) zu erfolgen, dessen Maß etwa 100 cm Höhe x 60 cm Breite x 15 cm Tiefe beträgt. Das Setzen und die Gründung der Stele sowie die Nachbeschriftung von Namen erfolgen auf Veranlassung und Kosten des Nutzungsberechtigten. Auf dem stehenden Grabmal müssen mindestens der Vor- und Zuname, das Geburts- und das Sterbejahr des bzw. der Verstorbenen enthalten sein.
- (4) Soweit sich nichts anderes aus der Friedhofsordnung ergibt, gelten die Bestimmungen für Wahlgrabstätten auch für Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit.

§ 15 d Baumgrabstätten

- (1) Baumgrabstätten sind Wahlgrabstätten für Urnenbestattungen mit einer oder mehreren Grabstellen an einem Baum. Die Urne muss aus einem innerhalb der Ruhezeit biologisch abbaubaren Material beschaffen sein. Die Möglichkeit nach § 11 Absatz 5, eine zusätzliche Urne je Grabstelle beizusetzen, ist aus gestalterischen Gründen nicht zulässig. Die Pflege erfolgt ausschließlich durch den Friedhofsträger oder einem von diesem beauftragten Dritten.
- (2) Für jede beigesetzte Person wird an einem zentralen Gemeinschaftsdenkmal eine Namenstafel angebracht, die den Vor- und Zunamen sowie das Geburts- und Sterbejahr des Verstorbenen enthält. Die Anlage der Grabstätte sowie die Beschaffung und das Anbringen der Namenstafel erfolgt durch den Friedhofsträger auf Kosten der

nutzungsberechtigten Person, näheres bestimmt die Friedhofsgebührenordnung. Das Ablegen von Blumenschmuck oder anderen Trauergegenständen ist ausschließlich an der Ablagestelle am zentralen Gemeinschaftsdenkmal möglich.

(3) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Baumgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 15 e Gärtnerisch betreute Grabanlagen

- (1) Grabstätten in einer gärtnerisch betreuten Grabanlage werden vom Friedhofsträger nur vergeben oder Bestattungen in dieser nur zugelassen, wenn der Friedhofsverwaltung ein schriftlicher Vertrag zwischen der Treuhandstelle für Dauergrabpflege Niedersachsen/ Sachsen-Anhalt und dem Grabnutzungsberechtigten in Kopie vorgelegt wird. Der Vertrag muss die Grabpflege über die gesamte Nutzungsdauer sicherstellen. Die Grabpflegeverpflichtung der nutzungsberechtigten Person wird somit über die Treuhandstelle für Dauergrabpflege gewährleistet. Sofern eine Grabanlage vollständig belegt ist, ist der Friedhofsträger grundsätzlich nicht verpflichtet eine neue gärtnerisch betreute Grabanlage zu errichten.
- (2) In gärtnerisch betreuten Grabanlagen können Grabnutzungsrechte zum einen an Reihengrabstätten für Sarg- oder Urnenbestattungen und zum anderen an zweistelligen Urnenwahlgrabstätten erworben werden. Bei zweistelligen Urnenwahlgrabstätten ist die Bestattung einer zusätzlichen Urne je Grabstelle nach § 11 Absatz 5 ausgeschlossen. Bei Grabnutzungsrechtsverlängerungen ist analog zu Absatz 1 der Nachweis über die entsprechende Verlängerung des Grabpflegevertrages beizubringen.
- (3) Die nutzungsberechtigte Person hat ein stehendes oder liegendes Grabmal zu errichten, auf dem mindestens der Vor- und Zuname sowie das Geburts- und Sterbejahr der verstorbenen Person(en) angebracht wird. Die Wahl des Grabmals ist vom individuellen Gestaltungsplan des Friedhofsträgers für die gärtnerisch betreute Grabanlage abhängig. Der Plan kann bei der Friedhofsverwaltung eingesehen werden.

Die Beschaffung des Grabmals erfolgt auf Veranlassung und Kosten der nutzungsberechtigten Person. Blumenschmuck kann auf dem Grabfeld abgelegt werden.

(3) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten auch für Grabstätten in einer gärtnerisch betreuten Gemeinschaftsgrabanlage.

§ 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten

- (1) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als 4 Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

§ 17 Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über alle Bestattungen ein Verzeichnis, welches die Namen der Bestatteten, die Art und Lage der Grabstätten, die Dauer der Ruhezeiten und die Daten der Nutzungsberechtigten beinhaltet.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 18 Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt werden.

§ 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 18 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.
- (2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des "Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit" hergestellt sind.
- (3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.
- (4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

§ 19 a Besondere Gestaltungsvorschriften

(1) Grabbegrenzungsplatten werden auf dem neuen Friedhofsteil und auf dem alten Friedhofsteil in den Plänen 9 und 13 sowie in Plan 16 vom Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Person beschafft und verlegt. Die Gebühr ergibt sich aus der Friedhofsgebührenordnung.

(2) Heckengräber befinden sich im Plan 7 und 8 des Friedhofs (alter Friedhofsteil). Diese Grabstätten haben durch eine vorgeschriebene Thujaheckeneinfassung ein besonderes Gestaltungselement. Die Hecken sind von der nutzungsberechtigten Person oder einer von dieser beauftragten Dritten auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu pflegen. Bei neu anzulegenden Heckengrabstätten werden diese nur dreiseitig eingefasst, so dass die Zugangsseite stets offen bleibt.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 20 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.
- (2) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.
- (3) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (4) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (5) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

§ 21 Grabpflege, Grabschmuck

- (1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.
- (2) Es dürfen zum Schutz gegen Unkraut, z.B. bei Kiesbelegungen, keine Vliese, Schutzfolien oder sonstige Materialen verwendet werden, die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhezeit ermöglichen.
- (3) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.
- (4) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 22 Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.
- (2) Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekannte nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
- a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
- b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.
- (3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen

- (1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.
- (2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung in den Anzeigeunterlagen eingetragen sein.
- (3) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.

- (5) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der Richtlinie des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks (BIV). Die BIV-Richtlinie gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.
- (6) Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der BIV-Richtlinie die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.
- (7) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen. Bei nicht ordnungsmäßiger Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 19 Absatz 4.

§ 24 Mausoleen und gemauerte Grüfte

- (1) Soweit auf dem Friedhof Mausoleen oder gemauerte Grüfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. Im Übrigen gelten § 19 Absätze 3 und 4 entsprechend.
- (2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur möglich, wenn sich die nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Grüfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Grüfte von den nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 25 Entfernung

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Nutzungszeit und nach Bekanntmachung über das Abräumen der Grabstätten veranlasst die Friedhofsverwaltung auf Kosten der Nutzungsberechtigten die Entfernung von Grabmalen und anderen Anlagen. Bei Verleihung des Nutzungsrechts ist diesbezüglich eine entsprechende Gebühr im Voraus zu entrichten, näheres kann die Friedhofsgebührenordnung regeln. Innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntmachung über das Abräumen und bei Wahlgräbern auch innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Nutzungszeit können die nutzungsberechtigten Personen Grabmale und andere Anlagen selbst entfernen, soweit es sich nicht um Grabmale nach § 26 handelt. Die Friedhofsverwaltung hat keinen Ersatz für Grabmale und andere

Anlagen zu leisten. Sie ist auch nicht zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und anderer Anlagen verpflichtet. Die Friedhofsverwaltung hat auch keinen Gebührenbetrag zu erstatten, wenn die verpflichtete Person selbst abräumt.

§ 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 27 Benutzung der Friedhofskapelle

- (1) Für die Trauerfeier steht die Friedhofskapelle zur Verfügung.
- (2) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.
- (3) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Haftung und Gebühren

§ 28 Haftung

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

§ 29 Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

X. Schlussvorschriften

§ 30 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 13.06.2001 außer Kraft.

Bockenem, den .13.4.2019

Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem

Der Kirchenvorstand

Volsitzende

Kirchenvorsteher(in)

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß § 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

L.Ş.

Hildesheim, den 03.06.2014.

Ev.-luth. Kirchenkreis Hildesheimer Land - Alfeld

Der Kirchenkreisvorstand

Im Auftrag

Bevollmächtigter

Friedhofsgebührenordnung (FGO)

für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem in Bockenem

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 29 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem für den Friedhof in Bockenem am 10.04.2019 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner der Benutzungsgebühr ist
- 1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
- 2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
- 3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Gebührenschuldner der Verwaltungsgebühr ist
- 1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
- 2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (3) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehen der Gebührenschuld

- (1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.
- (2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranzlehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5 Säumniszuschläge, Kosten, Einzlehung rückständiger Gebühren

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

| 1. | Reihengrabstätte a) Kinder bis zu 5 Jahren - für 30 Jahre : b) Personen über 5 Jahre - für 30 Jahre : | 480,00 € 1.050,00 € |
|----|---|------------------------|
| 2. | Wahlgrabstätte Für 30 Jahre - je Grabstelle- : | 1.410,00 € |
| 3. | Urnenwahlgrabstätte Für 30 Jahre - je Grabstelle - : | 1.140,00€ |
| 4. | Rasenreihengrabstätte Für 30 Jahre : | 2.110,00 € |
| 5. | Urnenrasenreihengrabstätte Für 30 Jahre : | 1.660,00€ |
| 6. | Stelenwahlgrabstätte mit Teilpflegemöglichkeit Für 30 Jahre - je Grabstelle - : | 2.400,00€ |

7. Baumgrabstätte

1.800,00€ Für 30 Jahre - je Grabstelle -:

8. Grabstätte in einer gärtnerisch betreuten Grabanlage

| a) Urnenreihengrabstätte für 30 Jahre : | /60,00 € |
|---|----------|
| b) Sargreihengrabstätte für 30 Jahre : | 910,00€ |
| c) Urnenwahlgrabstätte für 30 Jahre – je Grabstelle - : | 870,00 € |

9. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl-, Urnenwahl- oder Stelenwahlgrabstätte mit Teilpflegemöglichkeit gemäß § 11 Absatz 5 der Friedhofsordnung:

Bei einer Beisetzung in einer Wahl-, Urnenwahl- oder Stelenwahlgrabstelle eine Gebühr gemäß Nr. 10 für alle Grabstellen zur Anpassung an die neue Ruhezeit.

10. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten gem. § 13 Absatz 2 FO ist 1/30 der Gebühr nach Nummer 2, 3, 6, 7 oder 8 c) je Grabstelle zu entrichten.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, Abräumen der Kränze und der überflüssigen Erde:

| 1. für eine Erdbestattung: | 610,00€ |
|-------------------------------|---------|
| 2. für eine Urnenbestattung : | 250,00€ |

| III. Verwaltungsgebühren: | |
|---|---------|
| 1. Prüfung der Anzeige zur Aufstellung oder Änderung eines Grabmals : | 60,00€ |
| 2. Laufende Überprüfung der Standsicherheit von stehenden Grabmalen | |
| a) für 30 Jahre - je Grabmal - : | 60,00€ |
| b) bei Verlängerung von Nutzungsrechten – je Jahr und Grabmal - : | 2,00€ |
| 3. Namensplatte für Rasengrabstätten (400x300x50 mm) | |
| a) Beschaffung und Verlegung einer Namensplatte : | 480,00€ |
| b) Zusätzliches einfaches Ornament auf Wunsch: | 70,00€ |
| 4. Namenstafel am Gemeinschaftsdenkmal für Baumgrabstätten : | 440,00€ |
| 5. Einfassung von Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit | |
| a) Für eine Grabstelle : | 400,00€ |
| b) Für jede weitere Grabstelle : | 200,00€ |

6. Einfassung als besondere Gestaltungsvorschrift gem. § 19a Abs. 1 FO

a) Für eine Grabstelle:

230,00 €

b) Für jede weitere Grabstelle:

80,00€

7. Gebühr für die zusätzliche Rasenpflege bei Aufgabe des Gestaltungsbereichs von Stelenwahlgrabstätten mit Teilpflegemöglichkeit

Je Jahr Restlaufzeit und Grabstelle:

15,00€

IV. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle:

Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle – je Nutzung:

180,00 €

V. Friedhofsunterhaltungsgebühren:

Die Friedhofsunterhaltungsgebühr dient der Pflege und Instandsetzung des Friedhofs. Im Speziellen werden hiermit u.a. die Friedhofswege und -anlagen in Takt gehalten, Anschaffungen vorgenommen sowie die gärtnerische Pflege des Friedhofs finanziert.

Die Friedhofsunterhaltungsgebühr beträgt – je Jahr und Grabstelle - :

15,00 €

§ 7

Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.

§ 8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 25.06.2001 außer Kraft.

Bockenem, den D.4.2019

Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockenem

Der Kirchenvorstand

Vorsitzend

L.S.

Kirchenvorsteher(in)

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß \S 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufslchtlich genehmigt.

Hildesheim, den D3.06.2619...

Ev.-luth. Kirchenkreis Hildesheimer Land - Alfeld Der Kirchenkreisvorstand

Im Auftrag

Bevollmächtigter

des Jahresabschlusses 2013, der Verwendung des Jahresüberschusses und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Woltershausen

 In seiner Sitzung am 25.04.2019 hat der Rat der Gemeinde Lamspringe als Rechtsnachfolger der Gemeinde Harbarnsen folgenden Beschluss gefasst:

Aufgrund des § 58 Abs. 1 Nr. 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung wird der Jahresabschluss der Gemeinde Woltershausen für das Haushaltsjahr 2013 hiermit beschlossen.

Die Ergebnisrechnung weist einen Überschuss für den ordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 10.730,04 € und einen Überschuss für den außerordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 0,00 € aus.

Gleichzeitig wird gemäß dem Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Hildesheim dem Hauptverwaltungsbeamten für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

- Der vorgenannte Ratsbeschluss über den Jahresabschluss 2013 sowie die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Lamspringe wird hierdurch gemäß § 129 Abs. 2 NKomVG öffentlich bekannt gemacht.
- 3. Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht liegen in der Zeit vom 06.06.2019 bis 17.06.2019 während der Dienststunden in der Gemeindeverwaltung Lamspringe, Kloster 3, Zimmer 12 öffentlich aus.

Lamspringe, 20.05.2019

Gemeinde Lamspringe Der Bürgermeister

Humbert

des Jahresabschlusses 2014, der Verwendung des Jahresüberschusses und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Woltershausen

1. In seiner Sitzung am 25.04.2019 hat der Rat der Gemeinde Lamspringe als Rechtsnachfolger der Gemeinde Woltershausen folgenden Beschluss gefasst:

Aufgrund des § 58 Abs. 1 Nr. 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung wird der Jahresabschluss der Gemeinde Woltershausen für das Haushaltsjahr 2014 hiermit beschlossen.

Die Ergebnisrechnung weist einen Überschuss für den ordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 3.117,20 € und einen Überschuss für den außerordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 0.00 € aus.

Gleichzeitig wird gemäß dem Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Hildesheim dem Hauptverwaltungsbeamten für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

- 2. Der vorgenannte Ratsbeschluss über den Jahresabschluss 2014 sowie die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Lamspringe wird hierdurch gemäß § 129 Abs. 2 NKomVG öffentlich bekannt gemacht.
- 3. Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht liegen in der Zeit vom 06.06.2019 bis 17.06.2019 während der Dienststunden in der Gemeindeverwaltung Lamspringe, Kloster 3, Zimmer 12 öffentlich aus.

Lamspringe, 20.05.2019

Gemeinde Lamspringe

Der Bürgermeis

Humbert

des Jahresabschlusses 2013, der Verwendung des Jahresüberschusses und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Harbarnsen

1. In seiner Sitzung am 25.04.2019 hat der Rat der Gemeinde Lamspringe als Rechtsnachfolger der Gemeinde Harbarnsen folgenden Beschluss gefasst:

Aufgrund des § 58 Abs. 1 Nr. 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung wird der Jahresabschluss der Gemeinde Harbamsen für das Haushaltsjahr 2013 hiermit beschlossen.

Die Ergebnisrechnung weist einen Überschuss für den ordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 930.323,60 € und einen Überschuss für den außerordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 6.80 € aus.

Gleichzeitig wird gemäß dem Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Hildesheim dem Hauptverwaltungsbeamten für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

- 2. Der vorgenannte Ratsbeschluss über den Jahresabschluss 2013 sowie die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Lamspringe wird hierdurch gemäß § 129 Abs. 2 NKomVG öffentlich bekannt gemacht.
- 3. Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht liegen in der Zeit vom 06.06.2019 bis 17.06.2019 während der Dienststunden in der Gemeindeverwaltung Lamspringe, Kloster 3, Zimmer 12 öffentlich aus.

Lamspringe, 20.05.2019

Gemeinde Lamspringe

des Jahresabschlusses 2014, der Verwendung des Jahresüberschusses und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Harbarnsen

1. In seiner Sitzung am 25.04.2019 hat der Rat der Gemeinde Lamspringe als Rechtsnachfolger der Gemeinde Harbarnsen folgenden Beschluss gefasst:

Aufgrund des § 58 Abs. 1 Nr. 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung wird der Jahresabschluss der Gemeinde Harbarnsen für das Haushaltsjahr 2014 hiermit beschlossen.

Die Ergebnisrechnung weist einen Fehlbetrag für den ordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 424.694,66 € und einen Fehlbetrag für den außerordentlichen Ergebnishaushalt in Höhe von 2.880,00 € aus.

Gleichzeitig wird gemäß dem Entlastungsvorschlag des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Hildesheim dem Hauptverwaltungsbeamten für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

- 2. Der vorgenannte Ratsbeschluss über den Jahresabschluss 2014 sowie die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde Lamspringe wird hierdurch gemäß § 129 Abs. 2 NKomVG öffentlich bekannt gemacht.
- 3. Der Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht liegen in der Zeit vom 06.06.2019 bis 17.06.2019 während der Dienststunden in der Gemeindeverwaltung Lamspringe, Kloster 3, Zimmer 12 öffentlich aus.

Lamspringe, 20.05.2019

Gemeinde Lamspringe Der Bürgermeister

Jumbert



Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29/3A "Süd-1" in der Ortschaft Sottrum der Gemeinde Holle

Der Rat der Gemeinde Holle hat in seiner Sitzung am 21.03.2019 (gemäß § 10 BauGB) die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29/3A "Süd-1" in der Ortschaft Sottrum als Satzung beschlossen.

Hiermit wird die 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 29/3A "Süd-1" in der Ortschaft Sottrum gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414) in der zuletzt geltenden Fassung bekannt gemacht.

Der Planänderungsbereich liegt am Südwestrand der Ortschaft Sottrum. Er befindet sich am Nordrand des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 29/3A "Süd-1" und grenzt im Norden an die Straße "Hinter der Schmiede" und im Osten an eine im Bebauungsplan Nr. 29/3 "Süd" festgesetzte Fläche für die Landwirtschaft.

Der Planbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,05 ha und ist ein nicht intensiv genutzter Teilbereich des Freizeitparks Sottrum. Der Geltungsbereich der Planänderung wird im beiliegenden Lageplan dargesteilt

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Änderung des Bebauungsplanes in Kraft.

Die Planunterlagen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29/3A "Süd-1" können in der Gemeindeverwaltung in Holle, Am Thie 1, Zimmer 15, während der Sprechzeiten der Verwaltung

Montag 09.00 – 12.00 Uhr Dienstag 13.30 – 16.00 Uhr Donnerstag 14.00 – 18.00 Uhr Freitag 09.00 – 12.00 Uhr

von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt der Änderung des Bebauungsplanes einschl. der Begründung mit Umweltbericht kann Auskunft verlangt werden.

Weiterhin wird gem. § 215 Abs. 2 BauGB vom 23. September 2004 (BGBI. I S. 2414) in der zuletzt geltenden Fassung auf die nachfolgenden Rechtsfolgen hingewiesen:

Unbeachtlich werden

- 1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzungen der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften.
- 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 a Nr. 1 4 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
- 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahren seit Bekanntgabe der Änderung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

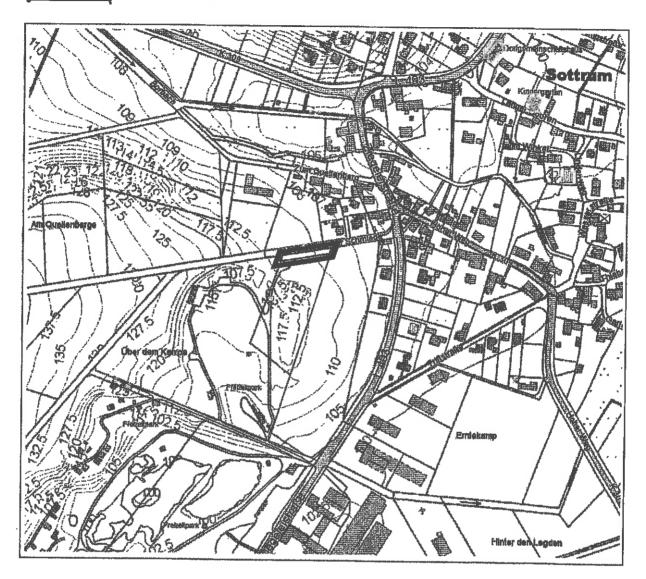
Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches vom 23.9.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zuletzt geltenden Fassung über die Entschädigung von durch die Änderung des Bebauungsplanes eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Holle, den 27.05.2019 IV/Mo

Gemeindê/Hollê Der Bürgemeister

Huchthause

Planbereich



<u>Sitzung</u> des Jugendhilfeausschusses

Am Dienstag, dem 11.06.2019, um 17.30 Uhr, findet im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses, Bischof-Janssen-Str. 31, 31134 Hildesheim, eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.03.2019
- 3. Einwohnerfragestunde
- 4. Die neue Kreiskarte: Unterstützungsangebote im Landkreis Hildesheim auf einen Blick (www.Landkreishildesheim.de/kreiskarte)
 - mdl. Vortrag der Verwaltung
- 5. Problematische Personalsituation und Handlungsbedarfe im Jugendamt = Erziehungshilfe (Amt 406)
 - mdl. Zwischenstandsbericht der Verwaltung
- 6. Schulassistenz und weitere Hilfen zur Schulbildung als Eingliederungshilfeleistungen in inklusiven Schulen im Landkreis Hildesheim Sachstandsbericht
 - Vorlage Nr. 586 / XVIII
- 7. Personalbedarfsplanung und -entwicklung für medizinische Fachberufe und für den Bereich "Soziale Arbeit" im Dezernat 4
 - Vorlage Nr. 584 / XVIII
- Kinderschutzqualifizierung
 - Antrag der Gruppe SPD-CDU vom 05.04.2019
- Rechtskreisübergreifende Kooperation: Jugend Wohnen Arbeiten (JWA)
 - Vorlage Nr. 587 / XVIII
- 10. Jugendförderung 2019; Anträge auf Förderung der Jugendarbeit
 - Vorlage Nr. 564 / XVIII
- 11. "Rucksack" und "Griffbereit" im Landkreis Hildesheim
 - Vorlage Nr. 588 / XVIII

- 12. Runder Tisch "Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut", finanzielle Unterstützung des Schulstarterpakets
 - Antrag der Gruppe SPD-CDU vom 24.05.2019
- 13. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege im Landkreis Hildesheim
 - mdl. Bericht der Verwaltung
- 14. a. "Investitionskostenzuschüsse für Kindertagestätten"
 - b. "Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege im Landkreis Hildesheim"
 - Antrag der Gruppe SPD-CDU vom 24.05.2019
- 15. Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kindertagesbetreuung; Freigabe von Stellen im Jahr 2019
 - Vorlage Nr. 592 / XVIII
- 16. Mitteilungen der Verwaltung
- 17. Anfragen

Hildesheim, den 03.06.2019

Landkreis Hildesheim Der Landrat In Vertretung gez. Wöhler Allgemeinverfügung über die Benennung von zwei Erschließungsstraßen in der Ortschaft Sibbesse, Gemeinde Sibbesse Baugebiet "Westlich der Despe", 2. Bauabschnitt

Der Ortsrat der Ortschaft Sibbesse, Gemeinde Sibbesse, hat in seiner Sitzung am 08.05.2019 beschlossen, die zu erschließenden Gemeindestraßen im Bebauungsplan Nr. 11 "Westlich der Despe" (2. Bauabschnitt) wie folgt zu benennen:

Die Planstraße A wird

"Maria-Nolte-Straße" benannt.

Die Planstraße B wird

"Herta-Duvenkropp-Straße" benannt.

Begründung:

Durch die Erschließung werden zwei neue Gemeindestraßen geschaffen, die endgültig zu benennen sind. Zuständig für die Benennung dieser Straßen ist gemäß § 93 (1) Nr. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ausschließlich der Ortsrat.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten des Verwaltungsgerichts Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover, oder in Form eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe der Niedersächsischen Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz vom 21.10.2011 (Nds. GVBI. S. 367) in der jeweils gültigen Fassung einzulegen. Die Klage wäre gegen die Gemeinde Sibbesse, Lindenhof 1, 31079 Sibbesse zu richten.

Hinweis

Eine Klage gegen diese Verfügung hat aufgrund der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung! Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gestellt werden.

Gemeinde Sibbesse Der Bürgermeister

(Amft)

Sibbesse, den 05.06.2019

